



Schwesig: Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern muss Gesetz werden

Schwesig: Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern muss Gesetz werden
Das Statistische Bundesamt veröffentlichte heute Zahlen über die unterschiedlichen durchschnittlichen Bruttostundenverdienste von Frauen und Männern auf Basis einer Erhebung von 2010. Der sogenannte Gender Pay Gap hat eine Spannweite von 4 Prozent bei Bürokräften und bis zu 30 Prozent bei weiblichen Führungskräften. Hierzu erklärt die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig: Die neuen Zahlen bestätigen den bekannten Trend: Frauen werden schlechter bezahlt als Männer. Deshalb brauchen wir gesetzliche Maßnahmen, um dagegen vorzugehen. Es ist ganz klar: Auch die nun vorgestellten Zahlen sprechen für den SPD-Gesetzentwurf zur Entgeltgleichheit. Wir müssen endlich per Gesetz dafür sorgen, dass Frauen und Männer für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden und dies auch gesetzlich durchsetzen können. Denn immer noch gilt: Je höher die berufliche Position, desto größer ist der Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern. Je höher der Bildungsgrad, desto größer der Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern. Je älter die Beschäftigten, desto größer ist der Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern. Es zeigt sich: Gerade in den Berufen und Positionen, die als typisch männlich gelten oder vor allem von Männern besetzt sind, sind die Verdienstunterschiede am höchsten. Dies gilt in Top-Positionen auch beim Gehalt. Männer verteidigen ihre Pfründe und halten die Frauen auf Abstand. Trotzdem gilt: Natürlich lohnen sich eine höhere berufliche Funktion und eine gute Ausbildung - doch auch hier werden Frauen benachteiligt, wenn auch auf höherem Einkommensniveau. Die schlechtere Bezahlung der Frauen im Laufe ihres Berufslebens ist vor allem eine Folge von Erwerbsunterbrechungen oder Teilzeitbeschäftigung, familiären Verpflichtungen und schlechterem Zugang zu Weiterbildung. Das muss sich endlich ändern!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands Parteivorstand
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
Telefon (030) 25991-300, FAX (030) 25991-507
Herausgeberin: Andrea Nahles
Redaktion: Tobias Dünow
e-mail: pressestelle@spd.de
<http://www.spd.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_=509803 width="1" height="1">

Pressekontakt

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Parteivorstand

10963 Berlin

pressestelle@spd.de

Firmenkontakt

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Parteivorstand

10963 Berlin

pressestelle@spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)
Zukunftsgerecht in Europa
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....